

home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe September/Oktober 2016

Studie: Europäer unterschiedlich tolerant gegenüber Flüchtlingen

Sollen die europäischen Staaten ihre Grenzen für Flüchtlinge schließen? Dafür sprachen sich kürzlich in einer internationalen Studie des Marktforschungsinstituts Ipsos 44 Prozent der Deutschen aus. Dagegen äußerten sich 45 Prozent der Befragten. Elf Prozent sind demnach unentschieden. Damit herrscht in Deutschland ein ähnliches Meinungsbild vor wie in vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Laut Ipsos befürworten in Polen 40 Prozent, in Schweden 44 Prozent, in Frankreich 45 Prozent und in Italien 48 Prozent der Bevölkerung eine nationale Grenzschließung.

Deutlich ablehnender ist demnach die Einstellung der Bürger in der Türkei und in Ungarn gegenüber Flüchtlingen: 64 Prozent der Türken und 55 Prozent der Ungarn plädieren für geschlossene Grenzen. Dagegen stimmen in Großbritannien 60 Prozent und in Spanien 61 Prozent der Befragten für eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen.



© shutterstock / Jazmany

BAMF hinkt bei Bearbeitungszeit eigenem Ziel massiv hinterher

Auch die Aufstockung des Personals hat offenbar wenig gebracht – beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dauert die Bearbeitung eines Asylverfahrens derzeit mehr als ein halbes Jahr und damit etwa doppelt so lange, wie von der Behörde selbst angepeilt. Erst nach 6,6 Monaten würden Anträge beim BAMF im Durchschnitt entschieden, berichtete „Bild“ unter Berufung auf Angaben des Amtes. Zum Vergleich: Ende vergangenen Jahres dauerte es 5,2 Monate bis zur Entscheidung über einen Asylantrag, Ende Mai dieses Jahres 6,3 Monate. Dabei hatte BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise als Zielvorgabe eine Senkung der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer im laufenden Jahr auf drei Monate vorgegeben.

Erstes Halbjahr 2016: Weniger „illegale“ Einreisen

Die Zahl „illegaler“ Einreisen nach Deutschland ist im ersten Halbjahr 2016 deutlich gesunken. Nach Angaben der Bundespolizei versuchten in diesem Zeitraum rund 12.700 Menschen ohne gültige Papiere nach Deutschland zu gelangen, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke, aus der die Zeitungen der Funke-Mediengruppe zitierten. Im Gesamtjahr 2015 waren es demnach mit 128.655 Personen zehnmal so viele Fälle.

Nach den Angaben der Bundesregierung kamen die von der Bundespolizei kontrollierten ohne gültige Papiere vor allem aus Afghanistan, Syrien und dem Irak.

Studie: Selbstständige Migranten schaffen **viele Jobs** – und sollten daher besser unterstützt werden

Menschen mit Migrationshintergrund beleben Deutschlands Wirtschaft durch eigene Unternehmensgründungen und schaffen dabei Arbeitsplätze. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Wirtschaftsforschungsgesellschaft Prognos im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Danach wuchs in den Jahren 2005 bis 2014 die Zahl der Jobs, die von selbstständigen Unternehmern mit ausländischen Wurzeln geschaffen wurden, von 947.000 auf 1,3 Millionen. Das entspricht einem Plus von 36 Prozent. Im selben Zeitraum nahm auch die Anzahl selbstständiger Unternehmer mit Migrationshintergrund von 567.000 auf 709.000 um rund ein Viertel zu. Das bringt den Vorstandsvorsitzenden der Bertelsmann Stiftung, Aart De Geus, zu dem Schluss: „Unternehmer mit ausländischen Wurzeln sind ein Jobmotor für Deutschland“.



© gettyimages / JOHN MACDOUGALL

Beim Begriff Migrantenunternehmen fällt vielen Bundesbürgern zuerst Pizzeria, italienisches Eis-Café, Chinarestaurant oder Döner-Imbiss ein. Auch Lebensmittelgeschäfte oder Elektronik-Läden werden häufig von Unternehmern mit ausländischen Wurzeln betrieben. Doch die Zeiten, in denen selbstständige Migranten überwiegend im Handel und Gastgewerbe tätig waren, sind laut dieser Untersuchung vorbei. Vielmehr stellten die Verfasser der Studie fest, dass sich der Anteil der Migrantenunternehmer in diesen beiden Wirtschaftssegmenten in den vergangenen Jahren verringert

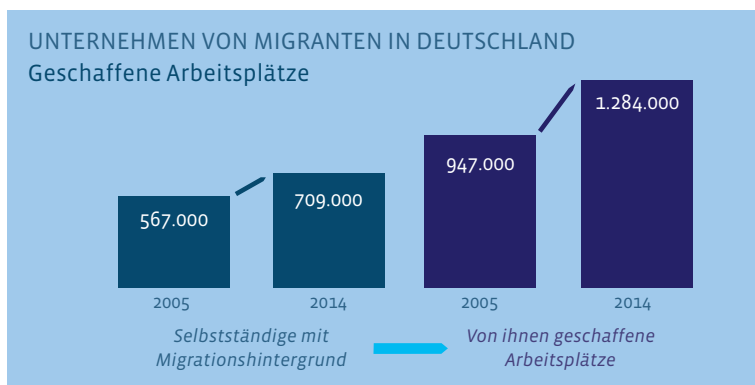
te, während er sich im Dienstleistungssektor und produzierenden Gewerbe erhöhte. So ist laut Prognos mit 48 Prozent inzwischen fast die Hälfte aller Selbstständigen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland im Dienstleistungsbereich außerhalb von Handel und Gastronomie tätig. Die beiden letztgenannten Bereiche kommen demnach nur noch auf 28 Prozent. Damit ging der Anteil der Migrantenunternehmer in Handel und Gastgewerbe gemessen am Jahr 2005 um 10 Prozent zurück. Gleichzeitig stieg ihre Quote im produzierenden Gewerbe: Nahezu jeder

fünfte Selbstständige mit Migrationshintergrund hierzulande verdient unterdessen sein Geld in der Baubranche oder im verarbeitenden Gewerbe, so die Ergebnisse der Studie.

Sie weist zudem aus, dass die Unternehmer ausländischer Herkunft mit ihrem ökonomischen Engagement nicht nur Arbeitsplätze für andere Mitbürger schaffen. Die Selbstständigkeit bringt in der Regel auch den Firmengründern selbst ein höheres Einkommen und damit den Zugang zu mehr Wohlstand. Demnach erzielten Migrantenunternehmer im Durchschnitt ein Monatseinkommen von 2.167 Euro netto. Sie verdienen damit rund 40 Prozent mehr als abhängig Beschäftigte mit Migrationshintergrund, die im Schnitt 1.537 Euro am Ende des Monats erhalten. Migrantenunternehmer mit mehreren Beschäftigten verdienen laut der Untersuchung mit 2.994 Euro sogar fast doppelt so viel wie abhängig Beschäftigte mit Zuwanderungsgeschichte. Gemessen an den Selbstständigen ohne Migrationshintergrund müssen sich die Unternehmer mit Zuwanderungsgeschichte allerdings immer noch mit weniger zufriedengeben: Im Vergleich verdienen die Letztgenannten rund 30 Prozent weniger.

Dagegen ist ihre Leistung als Jobmotor hoch. Denn knapp 2 Millionen Personen waren 2014 dank der unternehmerischen Tätigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in Arbeit. Damit habe sich dieser gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsbeitrag im Vergleich zum Jahr 2005 um 33 Prozent erhöht, errechneten die Autoren der Studie. Sie halten diese Entwicklung für umso bemerkenswerter, da der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland in demselben Zeitraum nur um knapp 9 Prozent zunahm.

Bertelsmann Stiftung, Quelle: Mikrozensus/Grafik.BR



Deshalb empfehlen die Verfasser der Analyse „Migrantenunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2014 – Ausmaß, ökonomische Bedeutung und Einflussfaktoren auf Ebene der Bundesländer“ ebenso wie die Bertelsmann Stiftung, das Potenzial von Migrantenunternehmern noch besser zu fördern. Denn sie sehen in den meisten Bundesländern bei Behörden und Kammern noch Defizite bei spezifischen Beratungsangeboten für Migrantenunternehmer. Ebenso kritisieren sie die mangelnde Verzahnung zwischen den Beratungsangeboten von Kammern, Kommunen und Privatwirtschaft.

Daher müssten Staat und Wirtschaft besser zusammenarbeiten, um Migrantenunternehmern den Sprung in eine erfolgreiche Selbstständigkeit zu ermöglichen, fordert Aart De Geus.

Statt Hilfsjob duale Ausbildung

Viele Flüchtlinge wollen dem deutschen Staat nicht auf der Tasche liegen. Deshalb nehmen sie eher Hilfsarbeiterjobs an, statt sich auf eine Ausbildung zu konzentrieren. Diese Erfahrung machen auch die Mitarbeiter von EHC immer wieder. Sie deckt sich mit den Ergebnissen einer aktuellen Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung mit dem Titel „An die Arbeit – Wie lokale Initiativen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt beitragen können“. Darin nennen die Verfasser vor allem zwei Gründe, warum viele Flüchtlinge lieber direkt arbeiten gehen, als eine Ausbildung zu absolvieren: Zum einen sind Sprachkurse und Ausbildungen für die Betroffenen zunächst finanziell wenig reizvoll. Denn sie sehen eher den aktuellen Geldbedarf als die Investition in ihre Zukunft. Und zum anderen stehen demnach viele Flüchtlinge unter dem Druck, Schulden abbezahlen und/oder ihre Familie daheim unterstützen zu müssen.

Deshalb besteht nach Ansicht der Autoren der Studie die größte Herausforderung darin, eine Balance zwischen einem schnellen Jobeinstieg und guter Qualifikation zu finden. Diese könnten in einer Kombination eines berufsbezogenen Sprachunterrichts mit beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen bestehen – etwa einer dualen Ausbildung.

Studie: Freiwillige Flüchtlingshelfer sind Stütze der Gesellschaft

Im vergangenen Jahr haben sich in Deutschland unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise viele ehrenamtliche Hilfsinitiativen gebildet, die von unschätzbarem Wert für die Eingliederung der Geflüchteten in die hiesige Gesellschaft sind. Diese, zum Teil spontan entstandenen ehrenamtlichen Vereinigungen organisieren sich inzwischen immer besser. Sie verankern sich immer mehr in der Gesellschaft, wurden zu Vereinen und arbeiten in Netzwerken zusammen. Außerdem sind die Freiwilligen unterdessen stärker mit Verbänden und Verwaltungen verbunden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie zum Thema „Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen“, die vom Bertelsmann-Institut in Gütersloh beim Berliner Institut für empiri-

sche Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität in Auftrag gegeben wurde.

Brigitte Mohn, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, begrüßte diese Entwicklung, da sie wichtig sei, „damit das Engagement langfristig wirkt“. Die Leiterin des Bereichs „Zukunft der Zivilgesellschaft“ bei der Bertelsmann Stiftung, Bettina Windau, hob hervor, dass diese engagierten Freiwilligen „gerade nach den Gewalttaten der vergangenen Wochen, an denen offenbar auch Flüchtlinge beteiligt waren, ... eine zentrale Stütze der Gesellschaft“ seien. Denn durch ihre Arbeit werde in den Kommunen eine positive Stimmung gegenüber Geflüchteten erhalten. Zudem zeige diese Dimension des Engagements politische Wirkung gegen rechte Stimmungsmache, betont sie.

Bürokratie behindert Familiennachzug von Kriegsflüchtlings

Viele anerkannte Kriegsflüchtlinge haben ein Recht auf Familiennachzug. Doch die Umsetzung dieses Anspruchs wird durch eine viel zu langsame Bürokratie behindert: Mitte Mai 2016 seien bei den Auslandsvertretungen in der Türkei, im Libanon, Jordanien, Ägypten und Griechenland insgesamt noch rund 13.000 Verfahren zum Familiennachzug nicht entschieden gewesen, verdeutlicht die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag die Misere. Als häufigster Grund für die anhängigen Verfahren werden fehlende Papiere genannt.

Die Bundesregierung will sich nun nach eigenem Bekunden dafür einsetzen, dass die Personalkapazitäten in den Auslandsvertre-

tungen zur Bearbeitung von Anträgen zum Familiennachzug ausgeweitet werden. Das fordern Flüchtlingsorganisationen wie Pro Asyl bereits seit Längerem. Zudem sollen erleichterte Verfahren geprüft werden. Denn für das Familiennachzugs-Verfahren sind vielfältige Dokumente vorzulegen, die vielfach in den Wirren des Heimatlandes verloren gingen – eben aufgrund des Kriegszustands. Um auch in solchen Fällen zu helfen und die Ämter zu entlasten, hat die Internationale Organisation für Migration inzwischen sogenannte Familienunterstützungszentren in verschiedenen Städten eröffnet. Dort sollen Angehörige bereits im Vorfeld des Visumstermins wichtige Fragen abklären können.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen

